

technisch eingetragenen und verdeckten Parteien nicht voraussetzen, sondern denjenigen, welche sie uns zum Zwecke der Veröffentlichung übergeben. Im vorliegenden Falle, in dem die Angelegenheit förmlich im Parlament des betreffenden Landes zur Diskussion gelangt ist, kann ich den Kapitän Haber nur auf die veröffentlichten Erklärungen der österreichisch-ungarischen Regierung verweisen.

#### Spanien.

**Amnestie.** Beim Eintritt einer Abordnung der republikanischen Mitglieder des Parlaments erklärte der Ministerpräsident, daß alle Befreien, insbesondere auch die nach den Julirevolutionen in Barcelona Vertriebenen, infolge der schon bekannt gegebenen Amnestie frei nach Spanien zurückkehren können. Trotzdem bestand die die Abordnung darauf, daß die Regierung den Cortes einen neuen Amnestieentwurf unterbreite.

#### Amerika.

**Eine revolutionäre Bewegung in Mexiko.** Ein Telegramm aus Cananea in Mexiko meldet eine revolutionäre Bewegung und die Verlündung des Kriegsgefecht in Cananea und anderen Grenzstädten. Die Bewegung ist im nördlichen Teile von Mexiko unter jungen Leuten entstanden, welche politische Freiheiten verlangt hatten. Der Ausbruch war für den Wahltag am 26. d. M. bestimmt. In der Provinz Sonora sind Hunderte von Verhaftungen vorgenommen und die Insassen deportiert worden.

**Frankreich in Marokko.** Langsam, aber sicher dringt Frankreich in Marokko vor, seine friedliche Einwirkung durch das Vorschreiten bewaffneter Stützpunkte stärkend. Während der ersten Junitage fand eine Polizeioperation in der Gegend von Metarka und Anual in Ostmarokko statt, der nunmehr eine ganz ähnliche Operation im Norden des Muluya-Flusses folgen soll. Es soll sich darum handeln, die Sicherheit der Handelsstraße, die längs der Flußufer verläuft, zu gewährleisten, wenigstens soweit sie die sogenannte französische Einflussosphäre berührt. Zu diesem Zweck ist eine etwa 1100 Mann starke Erfundungsabteilung in Uidja in der Bildung begriffen. Sie wird aus zwei Kompanien eingeborener Schüppen, einer Kompanie der Fremdenlegion, einer Schwadron Spahis und vielleicht auch einer Schwadron berittener Jäger, sowie einer Sektion Gebirgsartillerie und dem zugehörigen Train bestehen. Diese Truppen werden bis Taurirt gegenüber einer wichtigenfurt des Muluya vordringen und dort einen permanenten Posten errichten.

#### Uffen.

**Verbot der Heirat mit Ausländern.** Die diplomatischen Vertreter Chinas im Ausland haben den Auftrag erhalten, den in Europa und in Amerika studierenden chinesischen Studenten mitzuteilen, daß das Ministerium für Erziehungsangelegenheiten ein Verbot erließ, wonach den Studenten untersagt wird, eine Ehe mit einer Ausländerin einzugehen.

**Der Tagung des Reichstags vom 21. Juni.**

**Wien:** Begrüßung durch den Präsidenten des Reichstags. — **Wien:** Öffentliche Kundmachungen. — **Wien:** Ein Abgeordneter in Sachen des Staatsvertrages mit Österreich davon kommend, daß der österreichische unbekannte Kollegium die im 3. 10. vorgetragene 10-jährige Frist gestrichen hat, innerhalb deren die Unlieger der inneren Stadt im Falle von Umfristsetzungen des Fahrdamms von der Errichtung der hierfür aufgewiesenen Kosten befreit bleiben sollten. Während der Rat in seinem Entwurf davon ausgegangen war, daß nach Ablauf dieser 10-jährigen Frist sowohl die Unlieger der inneren, als der äußeren Stadt gleichmäßig zu den Kostenverletzungen herangezogen werden sollten, werden nach dem Besluß des Stadtverordnetenkollegiums die Unlieger der inneren Stadt für alle Zukunft von der Errichtung der Kosten für den Fahrdamm befreit bleiben. Mit Rücksicht auf die sonst gegenüber dem Gutsverband verhindernde Lage erachtet es der Rat, daß er endgültige Fassung fände, für angezeigt, durch den Haushaltsschluß vorerst erörtern zu lassen, ob er eine anderweitige Regelung der Angelegenheit im Sinne eines entsprechenden Ausgleichs der von den Unliegern der inneren und der äußeren Stadt zu bewirkenden Beiträge für die Kosten des Fahrdamms vorzuschlagen hat. 2. Der Rat befürchtet, einem Angebot der Gemeinde Geißmannsdorf entsprechend, das sagen, Berghaus unter den mit der Gemeinde wegen der Wegunterhaltung vereinbarten Bedingungen für 1400 M. anzukaufen; der Kaufpreis soll aus den Mitteln der Substancialfasse, die einen Bestand von über 5000 M. aufweist, entnommen werden. Hierzu ist die Mitentscheidung des Stadtverordnetenkollegiums einzuholen. 3. Im Jahre 1918 vollendet sich ein Zeitraum von 100 Jahren, seitdem die heutige Stadt durch Brand vollständig zerstört wurde; es ist in Absicht genommen, morüber noch später Gedächtnis gesetzt werden soll, diesen Erinnerungstag in besonderer Weise zu feiern. Es soll bereits jetzt an das Königl. Ministerium des Innern ein Gesuch gerichtet werden mit der Bitte, aus Mitteln des Kunstfonds der Stadt ein Gedenkzeichen, vielleicht in Form eines Markbrunnens, zu stiften. In dem Gesuch soll die Bereitwilligkeit erklärt werden, daß die Stadt für das Kunstwerk einen Betrag von 5000 M. leistet. Die Mitentscheidung der Stadtvorsteher ist hierzu erforderlich. 4. In Sachen der Butterrevision befürchtet man, diese künftig in der Weise auszuführen, daß die Butter an Ort und Stelle dort, wo die verkaufen Personen betroffen werden, nachgewiesen wird; die Kontrolle auf der Polizeimitte soll nur dann stattfinden, wenn ein Rindergesetz festgestellt worden ist.

\* **Bischofswerda, 22. Juni. Hausbesitzerverein.** Zur Bildung eines Hausbesitzervereins war

ein Versammlungstag und eine Versammlung zur Bildung eines Vereins. Es wurde ein Votum abgelehnt, daß der Verein eine Rente nach mehrere Gewerbe-geleisteten Brüder und die Möglichkeit der Verjämmerung zur Gründung zum Ausdruck gekommen war, wurde zur Wahl der Vorstande aufgerufen. Durch Stumf wurde Herr Hausbesitzermeister Altmann zum Vorsitzenden, ferner die Herren Steinkampf, Wiedermann als Schriftführer und Oberleiterleitermeister Nutz als Kassier gewählt. Zur Beratung der Sitzungen wurde eine Kommission, bestehend aus den Herren Steinkampf (Vorsitzender), Steinkampf, Altmann, Schröder, Wiedermann, Hofschreiber, Schmid, Steinkampf (Vorsitzender) und Steinkampf (Vorsitzender) ernannt. Demnächst soll ein Vertrag des Vereins des Kaufleuteverbandes der Südlichen Gewerbevereine hier geschlossen. Das kommunale Ortsamt kam ebenfalls zur Förderung, wobei wieder in einmütiger Weise gegen die Gewerbevereine aussprach. Der Kaufleuteverein schickte sich als Mitglieder in die neuzeitende Ritterei ein und es besteht jetzt bei Verein schon über eine zehnjährige Mitgliedschaft. Der Vorsitzende Altmann der Verjämmerung mit Worten des Dankes und dem Wunsches für ein fröhliches Leben und Gewissen des Vereins und mich auch darauf hin, daß ein eben zur Gründung kommender Gewerbeverein ähnlich ist, sondern daß ein gutes Zusammenarbeiten zwischenwert sei.

\* **Bischofswerda, 22. Juni. Eine schändige Massaker hat sich in den freien Zonen, insbesondere gestern Dienstag, den unbekreuzten Bergleitern. Bei ziemlich läblichem Schußwind war der Aufstieg durchaus nicht gefährlich und eben bekannt der Bauherr eine Sanktio, wie sie jetzt in modernen Sommertagen geboten ist. Da noch beim Blasius des Königsburg man vom Königsberg weit hin nach Böhmen, in die böhmische Schweiz und das Niederland, während im Osten des Riesengebirges in seinen zahlreichen Erzbergen (Schwarze Porphyr, Cobalt und Große Steinbrüche usw.) kostbar war. Die Verpflichtung der ansprechenden Minen überall ausgeschaut, auf erneute Forderung gemeinsamer Auertennung.**

\* **Bischofswerda, 22. Juni. Unfallverhütung beim Obstfeldländen.** Nach den Vorlesungen der Berufsgewissenshaft wurden zum Überblick der Baumfrüchte nur solche Seiten verwendet werden, die in gutem und brauchbarem Zustande sich befinden und am Busch mit reifen Früchten beladen sind; auch ist jede Seiten nach dem Einlegen, sofern mit wenigstens einer mit reifem Spitzen befolgten Seiten von entsprechender Länge zu stützen. Den Betriebshinternehmern und Wächtern von Obstzäunen wird die genaue Erhaltung der Unfallverhütungsvorschriften aufgegeben und ihnen zur Pflicht gemacht, die beim Obstfeldländen beschäftigten Arbeiter über jene Unfallverhütungsvorschriften zu belehren und zur strengsten Befolgung anzuhalten.

\* **Bischofswerda, 22. Juni. Der Gesetz erlaubt Obstes hat alljährlich zu Todesfällen geführt. Meistens sind es Kinder, die unbedenklich die unreifen Früchte genießen. Schärfeartige Erfassungen sind die Folge, denen der junge Organismus nur zu oft erliegt. Bei einem Sandaufenthalt sind die Kinder besonders zu beobachten und zu beachten, da auf dem Sande die Gelegenheit zum Genuss unreifen Obstes natürlich ungemein größer ist. — Eine Warnung ist auch angebracht vor dem Genuss von Rhubarberblättern. Sie sind giftig, weil sie, was nicht allgemein bekannt ist, Oxalsäure enthalten, deren Genuss unter Umständen sehr nachteilige Folgen haben kann. In Südfeld erkrankte eine Familie, die anstatt der Stengel des Rhubarbers die Blätter spinatartig getrocknet und genossen hatte.**

\* **Bischofswerda, 22. Juni. Gewinne der Staatsseidenbahnen.** Nach den vorläufigen Feststellungen betrugen die Einnahmen bei den Südfeldischen Staatsseidenbahnen im Monat Mai 14 275 000 M. oder 962 500 M. mehr als im selben Monat des Vorjahrs. Hierzu erbrachte der Personenverkehr 8 065 000 M., mehr 948 800 M., und der Güterverkehr 8 210 000 M., mehr 8700 M. Die außerordentliche Steigerung der Personenverkehrseinnahmen ist größtenteils auf das diesjährige prächtige Wetter zurückzuführen, das insbesondere auch das Weingut ausgezeichnete. Der für dieses Jahr in Frage kommende Verkehr fiel diesmal voll in den Mai, während im Vor-



Von dem Schauplatz der neuesten Erdbebenkatastrophe in Südtalien.  
Zeltlager für die obdachlos gewordene Bevölkerung von Calitri.

Bei dem letzten Erdbeben in Südtalien wurde die apulische Ortschaft Calitri besonders hart betroffen. Eine große Anzahl von Häusern brach infolge des heftigen Erdbebens zusammen; viele der Bewohner wurden durch stürzende Trümmer erschlagen, die anderen retteten nur das nackte Leben. Die Rettungs- und Hilfsarbeiten gingen

unter persönlicher Leitung des Königspaares vor sich, daß rasch aus Rom herbeigeeilt war. Man brachte die Obdachlosen in einem Zeltlager unter und sorgte so gut wie möglich für ihren Unterhalt. Die dafür nötigen Mittel hat der Staat zum Teil bewilligt, der Rest wurde durch private Wohltätigkeit aufgebracht.